

Partizipation : Theorie und Praxis

Autor(en): **Prader, Herbert / Fehringer Franz**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bauen + Wohnen = Construction + habitation = Building + home : internationale Zeitschrift**

Band (Jahr): **26 (1972)**

Heft 2: **Wohnungsbau, Mitbestimmung und Aktivierung der Mieter = Construction d'habitation, collaboration et participation des locataires = Housing construction, tenant co-management**

PDF erstellt am: **25.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-334322>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Partizipation – Theorie und Praxis

Theorie

Fast überall, wo geplant und gebaut wird, erhebt sich heute ein Geschrei um die Idee der »Partizipation der Betroffenen«. Ist das eine Modeströmung? Eine Ideologie? Ein Alibi-Suchen für die Maßnahmen der Planer? Oder wird hier ein neues Problem bewußt, artikuliert sich so ein echtes Bedürfnis?

Eine tiefe und breite Unzufriedenheit mit den Realisierungen der letzten Jahrzehnte, vor allem auf städtebaulichem Gebiet, hier wiederum besonders im Wohnungsbau, ist eine Tatsache.

Die Hoffnung, daß doch noch einmal (möglichst bald) von den Urbanisten und Architekten »die ideale Stadt« erfunden (oder vom Computer ausgerechnet) werden wird, in der alle Probleme weitgehend optimal gelöst sind, schwindet.

Karl Otto Schmid vom Züricher Stadtplanungsamt formulierte im Herbst 1971 auf der Fachtagung »Der Mensch im Ballungsraum« im Europahaus, Wien: »Wir werden das Chaos unserer Städte in naher Zukunft nicht beherrschen lernen, jedes Planungsziel, das wir realisieren, schafft eine Lawine neuer Probleme. Wir können nur Methoden erlernen, mit diesem Chaos zu leben.«

So hat sich auch unsere Arbeitsgruppe, kürzlich aufgefordert, wieder an einer (x-ten) Ausstellung städtebaulicher Idealvorstellungen (»Integrierter Städtebau«) mitzumachen, entschlossen, kein Projekt aus der Lade zu ziehen, sondern einen verbalen Beitrag zu leisten, der im folgenden zur Problemdarstellung wiedergegeben sei:

P+F Kritik 1971

SCHIFFBRUCH DER STÄDTEPLANUNG?

Seit Jahrzehnten träumen die Architekten von neuen Stadtgestalten. Die Visionen bleiben unrealisiert, die Realisierungen sind unerträglich. Die Menschen leiden unter den Unzulänglichkeiten dessen, was »notwendiger- und vernünftigerweise« gebaut wird.

Wo liegen die Fehler? Warum nimmt die Gesellschaft die Utopien im Städtebau nicht ernst, während die Utopie des Mondfluges verwirklicht wurde? Träumen die Urbanisten etwa falsch, beschäftigen sie sich mit Scheinproblemen? Können die Architekten überhaupt erfinden und bestimmen, in welcher Umwelt die Gesellschaft zu leben hat?

Sind die wahren Mängel unserer Städte mit architektonisch-räumlichen Methoden zu beheben? Ist nicht eine neue Gesellschaftsstruktur, eine andere Wirtschaftsstruktur, eine Änderung des Verhältnisses der Menschen zur Umwelt, ja zum Leben notwendig (und nicht nur neue Technologien, Planungs- und Baumethoden), um neue Städte bauen zu können?

Gebaut wird letztlich nur das, was von der jeweiligen Gesellschaft als »notwendig und nützlich« angenommen wird. Was ist heute notwendig und nützlich? Wofür ist die Gesellschaft zu zahlen bereit?

Neue Gebäudeformen? Neue Verkehrsmittel? Neue Bautechnologien? Neue Wohnungsgrundrisse? Mehr Verkehrsflächen? Mehr Parkplätze? Mehr Grün? Mehr Verdichtung und Urbanität? Mehr Privatsphäre im Eigenheim im Grünen? ... Mehr ... Mehr ... Mehr? Oder weniger?

Wie wollen und wie sollen also die Menschen in den Städten leben? Wie ist es um die Mechanismen der Verwirklichung dieser Wünsche bestellt? »Wer bestimmt in den Städten – für wen – was – gebraucht wird?« (Prof. Gehmacher)

Woran scheiterte Brasilia? Was stimmt nicht am Märkischen Viertel in Berlin? Warum befriedigen die neuen Städte Englands und Schwedens ihre Bewohner so wenig? Warum haben alle diese »hervorragenden« Planungen zumindest teilweise versagt? Ist es sinnvoll, immer wieder neue Stadtstrukturen zu projektieren, neue »architektonische« Projekte vorzulegen, wenn man über das alles zu wenig weiß? Sind die Städtebauer Stadt-Dilettanten?

Das Wesen aller Städte aller Kulturen war bisher ihre politisch-wirtschaftliche und sozio-kulturelle Polyfunktionalität. Die »neue Stadt« ist noch viel komplexer, als es die alten Städte waren, aber wir erfassen das schier unendliche Netz ihrer Funktionszusammenhänge noch nicht. Weder deduktiv noch intuitiv.

Wir lösen im Städtebau immer nur wenige (Teil-) Probleme, die uns gerade besonders bewußt geworden sind – und schaffen damit neuerlich viele andere ungelöste Probleme. Die Verabsolutierung des ökonomischen Prinzips als alleiniges Kriterium der Realisation treibt unsere Städte in einen Amoklauf. Ohne neue Gesellschaftsstruktur, Wirtschaftsstruktur, ohne neues Bewußtsein, ohne neue Moral keine neue Stadt. Denn die Grundproblematik der Stadt als Lebensraum für die nachindustrielle Gesellschaft der Zukunft ist wahrscheinlich nicht baulicher Art: Es fehlt das Feedback zwischen Planung und Gesellschaftsentwicklung. Opas Stadtplanung vom grünen Tisch aus ging und geht daneben! (Auch wenn Opa progressiv ist!)

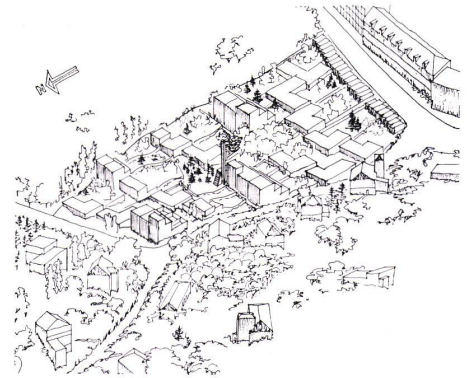
Transparenz der Planungsvorgänge und Realisierungsmechanismen, Mitbestimmung der Betroffenen! Aber wie? Demokratisierung der Planung und Delegation einzelner Planungsstufen an die »Beplanten«! Aber wie? Wie den Schrebergartenegoismus ausschalten? Wie die »armen Städte der reichen Bürger« reicher machen?

Popularisierung des Städtebauens? Politisierung der Stadtprobleme!

Probleme der Bodenordnung, Restrukturalisierungsmethoden für die Altstadtgebiete, Bürgerinitiativen, ökologische Probleme des Energie-, Wasser-, Luft-Haushaltes, Fragen nach Sinn und Nützlichkeit des Verkehrs, Probleme der Arbeits- und Freizeitwelt, der Bildung, der Chancengleichheit, des Freiheitsraumes für den einzelnen und seiner Grenzen, Finanz- und Verwaltungsstrukturen, neue ökonomische Modelle ...

DAS SIND KERNFRAGEN DER NEUEN STADT!

Die angemessene bauliche Gestaltung der städtischen Umwelt wird sich in dem Maße



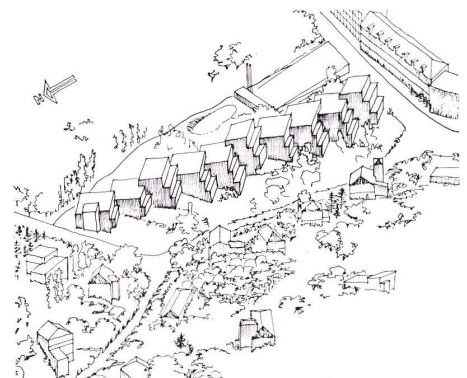
1. Vorschlag: Teppichsiedlung, Juni 1971

26 Wohneinheiten

Zu teuer für die Zielgruppe

(Facharbeiter – mittlere Angestellte)

Grunderwerbskostenanteile viel zu hoch, außerdem werden »Einzelhäuser« nicht mit direkten Darlehen, sondern nur mittels Zinszuschüssen gefördert, es würden daher auch zu hohe Eigenmittel nötig sein
Definition der Zielgruppe als erste, wesentlichste Entscheidung



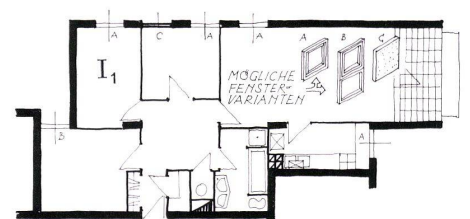
6. Vorschlag, Juli 1971

SO- und SW-orientierte Terrassenhäuser

46 Wohneinheiten

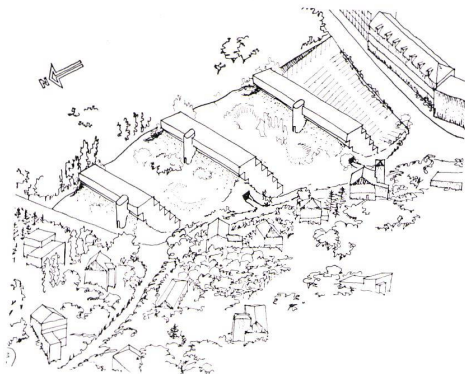
Zu teuer

Grunderwerbskostenanteile und Eigenmittel-Erfordernisse zu hoch, obwohl günstigere Förderungsbedingungen (»Mehrfamilien-Wohnhaus«) möglich wären

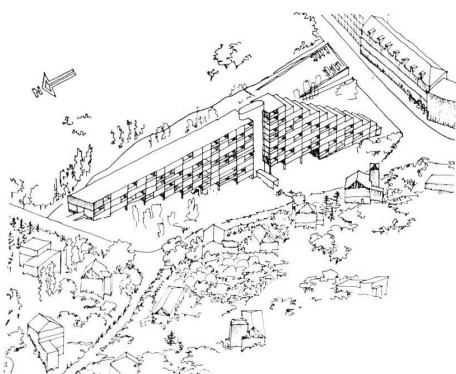


Standardwohnung, Typ I1

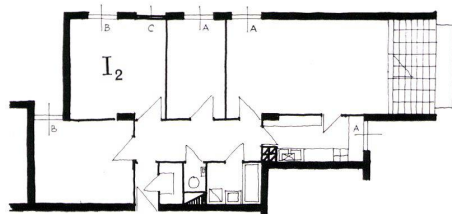
Variationsmöglichkeiten bezüglich Trennwände, Fenster, Installationen



8. Vorschlag, September 1971
Süd-orientierte Terrassenhäuser
62 Wohneinheiten
Gründerwerbskostenanteile tragbar
Baukosten zu hoch



10. Vorschlag, Oktober 1971
Maisonetten und Terrassenwohnungen
108 Wohneinheiten
Gesamte Kostenrechnung sehr günstig
Als »Wohnform« und »Baugestalt« von Bewerber-
versammlung mit 4/5-Mehrheit abgelehnt
Bauordnungsschwierigkeiten wegen Höhenentwicklung
im Mittelbereich
Anrainer einheitlich dagegen



Standardwohnung, Typ I2
Variationsmöglichkeiten bezüglich Trennwände, Fenster,
Installationen

finden lassen, in dem wir der Lösung dieser Fragen näher kommen.

Wie aber sollen sich die Grundlagen eines neuen, besseren (nachkapitalistischen) Städtebaues artikulieren? Messianisch – durch die Leitbilder neuer Elitengruppen? Demokratisch? Das vorhandene demokratische Instrumentarium ist darauf offensichtlich nicht eingerichtet! Direkte Partizipation der Betroffenen an den Planungen scheint die beste Methode zu einer notwendigen Erweiterung dieses Instrumentariums zu sein. Wir glauben (axiomatisch), daß es dahin einen doppelten Weg gibt: Einerseits die bewußte kritische Politisierung der Problemstellungen und Problemlösungsstrategien, mit dem Ziel, eine direkte Rückkoppelung zwischen Planung und Öffentlichkeit zu schaffen; andererseits die pragmatische Einbeziehung der direkt Betroffenen in (Detail-) Planungsvorgänge. Letzteres hat vor allem in Österreich mit seiner klassischen Untertanenmentalität einen wichtigen pädagogischen Beiwert, da die »Leute« erst lernen müssen, daß sie mitreden können.

Der erstangeführte Weg ist also jener der offenen Politisierung der Planung, anstatt einer hinter scheinobjektiven Fachdiktaten und vorgeblichen Sachzwängen verborgenen etablierten politischen Planungsmanipulation, deren tieferer Sinn meist die Perpetuierung der vorhandenen Machtstrukturen ist.

Eine grundlegende Schwierigkeit für all das ist das heute noch zutief gestörte Verhältnis zwischen den Planern einerseits und der »Öffentlichkeit« – im mikro- und makropolitischen Sinn dieses Wortes – andererseits.

Der »Gesellschaft« muß daher unter Einsatz aller erreichbaren Medien bewußt gemacht werden, wie politisch bedingt und brisant »Planung« ist, welches Möglichkeitsfeld sie darstellt. Dazu müssen die Planer aber lernen, aus dem »Architekturghetto« ausubrechen, Geheim-Haltungen aufzugeben, um sich jenen verständlich zu machen (redend und hörend!), die sie beplanen.

Diese Beplanten sind jedoch heute nicht mehr identisch mit den Planungsauftraggebern. Eine schizophrene Entwicklung hat tiefe Klüfte zwischen den auftragserteilenden Institutionen mit ihren systemimmanenten Eigengesetzlichkeiten und inneren Zielen und den Lebenswünschen der Zielgruppen (der jeweils Planungsbetroffenen) entstehen lassen.

Das ist der Nährboden für die immer lauter werdenden Rufe nach Partizipation der Beplanten an der Planung.

Bei der schon erwähnten Wiener Tagung wurde daher der Versuch unternommen, ein theoretisches Gerüst für den Begriff Partizipation zu entwickeln und in knapper Form zusammenzufassen.

11 THESEN ZUR PARTIZIPATION

Definition:

Partizipation wird als Mitbestimmung in dem Sinne verstanden, daß auf entscheidende Beschlußfassungen in befriedigender Weise durch alle Betroffenen eingewirkt werden kann.

Begründung:

Partizipation wird notwendig angesichts der Überforderung der Institutionen gegenüber komplexen Problemen des Ballungsraumes, die als Reaktion den Verselbständigungsprozeß der Institutionen beschleunigen. Die Institutionen können so nicht mehr ange-

messen wirksam werden und drohen damit ihre Legitimitätsbasis zu verlieren. Partizipation kann dann und nur dann stattfinden, wenn die Ideologie des Systems solche Lösungsmethoden akzeptiert, oder wo derartige Mißstände auftreten, die auf keine andere Weise als durch Beiziehung weiterer Gruppen lösbar sind.

Struktur:

- 1 Partizipation ist nur im Rahmen gemeinsamer Interessen möglich.
- 2 Bei antagonistischen Interessen ist Partizipation auf planerischer Ebene nicht möglich, es sei denn durch eine Umverteilung der politischen und ökonomischen Ressourcen.
- 3 Partizipation ist ein politischer Prozeß und erfordert politisches Handeln der Beteiligten.
- 4 Erfolgreiche Partizipation erfordert relative Kontinuität der Interessenvertretungen und gesicherten Zugang zu Ressourcen (Macht, Einfluß, Geld, Prestige, Fachwissen).
- 5 Partizipation hat in allen Phasen des Planungsprozesses stattzufinden.
- 6 Für die Partizipation ist die Transparenz der Information für alle Beteiligten unabdingbar.
- 7 Partizipation hat u. a. die Funktion der Verbreiterung des Ideen-Inputs.
- 8 Die Einführung der Partizipation ist ein langwieriger Prozeß, bei dem mit Rückschlüssen zu rechnen ist. Bei Institutionalisierung dieser politischen Lösungsmethode ist mit einer Beschleunigung des üblichen Entscheidungsprozesses zu rechnen.
- 9 Partizipation im Rahmen komplexer Fragestellungen, die den gesamten Siedlungsraum betreffen, erfordern die Entscheidungsfindung nach den Spielregeln der Partizipation und eingespielter Verfahrenstechniken schon auf der Stufe kleiner Gebietseinheiten und Interessengruppen.
- 10 Partizipatives Verhalten muß auf allen Ebenen gelernt werden.
- 11 Gruppen, die nicht imstande sind, ihre Interessen zu artikulieren, haben ein Anrecht auf entsprechend wirksame Vertretung, deren Formen jeweils zu erarbeiten wären.

Was zu diesem Manifest geführt hat, kann man in wenigen Sätzen zusammenfassen:

Erstens: Zugrunde liegt die Feststellung, daß sich viele planende Institutionen so weit verselbständigt haben, daß sie nicht mehr nach den Interessen jener planen, die diese Institutionen einst geschaffen haben, weil sie den Kontakt »nach unten« verloren haben. Sie planen nach eingefrorenen Zielvorstellungen, gleichsam für sich selbst.

Zweitens: Die Notwendigkeit, Planungsvorgänge in verstärktem Maße politisch zu bewerten, da es keine gesellschaftsneutrale Planung gibt.

Drittens: Die Forderung, ein enormes Rückkoppelungsdefizit durch Methoden der Partizipation auszugleichen.

Dieses Rückkoppelungsdefizit zwischen Planungsautoritäten und Beplanten in unserem so perfekt erscheinenden System einer parlamentarisch formalisierten Parteiendemokratie hat, was den städtischen Umraum betrifft, Fehlplanungen von systembedrohendem Ausmaß bewirkt, wie etwa das Märkische Viertel in Berlin. Vor allem durch unge-

nügende Berücksichtigung jener Elemente des Gesamtambientes, welche die Routine-Bauplanung nicht ökonomistisch erfassen oder als »Architektur« zu formalisieren vermochte. Diese Tatsachen machen es also notwendig, nach neuen, praktikablen Methoden der Absicherung möglichst aller Planungs-betroffenen zu suchen, Methoden, die die Über- oder Unterbewertung einzelner Interessengruppen möglichst hintanhaltend, also egalitäre Modelle! Sonst entsteht ja die Gefahr, daß »Partizipation« zu einem Feigenblatt für die Interessen nicht deklarerter Mächte »im Hintergrund« wird, derart, daß sie eine Plattform abgibt, auf der »Insider« – Kammern, Verbände, Kapitalgruppen – es sich mit dem Verwaltungsapparat »richten«. – Diese »Partizipation« haben wir ja schon.

Die Idee »Partizipation« fordert daher den Architekten heraus, über den Schatten seines bisherigen, lakaienhaften Berufsbildes zu springen:

Denn: Wir Architekten bauen

für eine Gesellschaft, die nicht stimmt,
an Bauaufgaben, die falsch gestellt sind,
am falschen Ort, mit fragwürdigen Mitteln –
eine vorläufige Architektur.

Er erhält hier die Chance, mehr zu tun, als die Bauaufgabenstellungen unreflektiert und undiskutiert zu übernehmen, den »Auftrag« also als Objekt seiner Profitgier und Spielfeld seiner Eitelkeit. Er kann kraft seiner Ausbildung und Einsicht die Rolle eines Tribuns einnehmen, der auf der Seite der Beplanten steht und ihnen deutlich macht, was geschieht, was möglich wäre, welche Konsequenzen in einem Projekt stecken. So kann er den Betroffenen helfen zu artikulieren, was sie dazu zu sagen haben, und damit selber – besser und richtiger als bisher – zu erfahren, was wirklich gebraucht wird.

Ausgehend von der Tatsache, daß sich in der Praxis öffentliche Initiativen meist an konkreten Detailproblemen entzünden – meist zu spät, im Ausführungsstadium oder knapp vorher, jedenfalls nach der Phase der obrigkeitlichen Problembearbeitung, aber auch zu spät für alternative Untersuchungen –, ausgehend von der Situation, daß der (scheinbar) umfassend informierten und durchführungsmächtigen Institution der beplante »arme Hascher« gegenübersteht, dessen Unbehagen der »Apparat« also leicht totargumentieren kann, ausgehend von all dem, stellt sich die Frage nach dem Planungsmaßstab und dem kritischen Forum.

Was soll Erich Meierlein zur Stadtplanung insgesamt sagen? Wo und wie?

Ist es notwendig, daß von Verkehrsgrößenbauwerken über Flächenwidmungspläne bis zum letzten Beleuchtungskörper im letzten Gäßchen alles im zentralen Olymp rathäuslicher Superbehörde geplant wird?

Ist nicht die stufenweise Delegierung weiterer Bereiche der Planung auf kleinere, überschaubare Ebenen wie Bezirke, Bezirks-gemeinden möglich?

Auf diesen »kleineren« Ebenen wäre Öffentlichkeit und Transparenz viel leichter zu schaffen, wäre es möglich, Informationen über Planungsgrundlagen und Absichten öffentlich zugänglich zu machen und überschaubare Probleme rational ausdiskutieren.

In Wien plant einer, den niemand kennt, für 1 600 000 Einwohner auch noch die allerletzte Parkbank.

In Purkersdorf, mit 2000 Einwohnern, kenne ich jene drei Herren, die für alle Bereiche des Bauens zuständig sind, bei denen ich also Wünsche und Beschwerden abladen kann, und die das, was geschieht, auch verantworten müssen. Spätestens bei den nächsten Gemeindewahlen.

Die Dezentralisierung der Stadtplanung ist notwendig und möglich; die notwendige Folge der Personalisierung der Entscheidungsverantwortungen ist manchen Beamten sicherlich zuwider, aber eine wichtige Forderung echter Demokratisierung.

Es ist bezeichnend, daß anläßlich eines Vortrages in Wien der Münchner Stadtrat für Entwicklungsplanung, Dr. Abress, sagte: »Die Zeiten, in denen wir glaubten, immer für zehntausende Menschen planen zu müssen, sind in Mitteleuropa vorbei. Wir müssen zur Methode der Planung »in Jahresringen«, in kleinerem Maßstab, zurückfinden, DENN WIR HABEN KEINE METHODEN, DIE PROBLEME DER GROSSEN STADTGESTALTEN BEFRIEDIGEND ZU LÖSEN.«

Wer die neuen Stadtteile Münchens, etwa Perlach oder die Olympia-Quartiere insgesamt, besichtigt, kann dem nur beipflichten, wobei natürlich zugute gehalten werden muß, daß man anderswo das Ei des Kolumbus auch nicht gefunden hat.

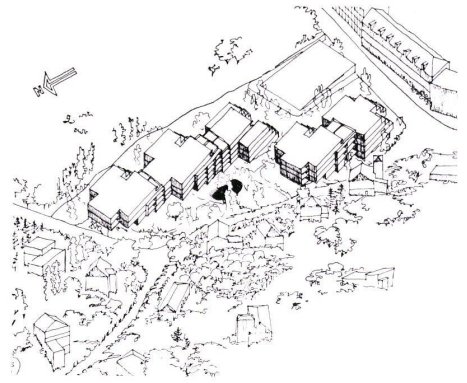
Dennoch ist gerade das Münchner Modell für partizipative Planung – bei manchem Vorbehalt – von großem Interesse.

Die Tatsache, daß anfänglich eher informelle Bürgerinitiativen zur Gründung eines Vereins, des Münchner »Diskussionsforums für Entwicklungsfragen«, und im weiteren zu einem eigenen Referat innerhalb der Stadtverwaltung, dem »Amt für Entwicklungsplanung«, geführt hat, auf dessen Boden Planungsabsichten schon im Frühstadium einer kritischen Öffentlichkeit ausgesetzt werden, der Umstand, daß tatsächlich die Beamten der Behörden ihre Entscheidungen vertreten müssen, daß es zu wesentlichen Abänderungen städtebaulicher Projektierungen kam, daß neben der Fachabteilung für Stadt-(bau-)planung eine eigene, gesellschaftspolitisch orientierte Abteilung für Entwicklungsplanung trat, diese ganzen, zwecks Vermeidung einer revolutionären Situation eingeführten Systemverbesserungen verdienen größtes Interesse und langfristige Beobachtung.

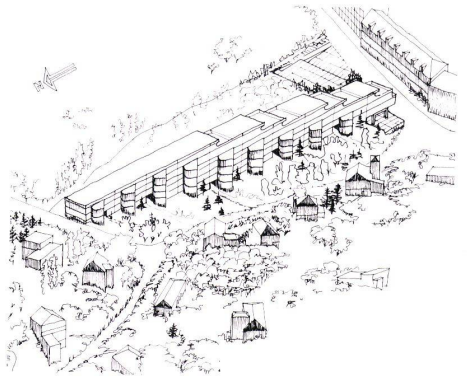
Ebenso die praktischen Versuche, die Bauplanung teilweise zu dezentralisieren und direkt im Planungsfeld Projektbearbeitungsbüros – mit geöffneten Informationsspeichern – zu installieren.

Das Münchner Modell scheint einen Fortschritt gegenüber den »Schweizer Praktiken« zu bringen (Planungsvorhaben vor der baulichen Realisierung durch direkte Abstimmung seitens der finanzierenden Bevölkerung – Gemeinde – bestätigen oder verwerfen zu lassen), da derartige Entscheidungen oft zu spät für sinnvolle Alternativen zu fallen scheinen. Leider hat aber auch die so viel propagierte angelsächsische Idee, einzelne Personen oder Büros als Advokaten für die Interessen der Beplanten zu etablieren, nicht die erwarteten Ergebnisse gebracht.

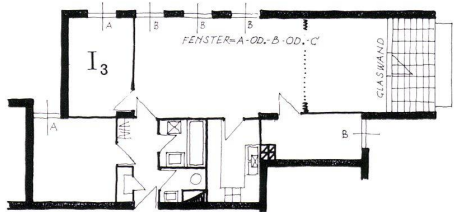
Die nüchterne Münchner »Vereinsform« ist beständiger und damit effizienter als rein informelle, vorübergehende Initiativen in anderen westdeutschen Städten. Kombinationen dieser verschiedenen Modelle sind denkbar. Dennoch halten wir die Entwick-



12. Vorschlag, November 1971
2 abgetrepte Baukörper
72 Wohneinheiten
Gesamte Kostenrechnung günstig
Von Bewerbersammlung mit 3/4-Mehrheit und auch von den Anrainern zur Ausführung empfohlen, von Bürgermeister und Gemeinderat beschlossen



14. Vorschlag, November 1971
1 abgetrepter Baukörper
72 Wohneinheiten
Gesamte Kostenrechnung günstig
Wohnungsgrundrisse variabler als bei Vorschlag 12
Nach Meinung der Architekten wäre der einheitliche Baukörper aus Raumordnungsgründen besser
Nach langen Diskussionen durch die Bewerbersammlung zugunsten von 12 abgelehnt



Standardwohnung, Typ I3
Variationsmöglichkeiten bezüglich Trennwände, Fenster, Installationen

lung für noch lange nicht abgeschlossen, vor allem fehlt noch eine wirkliche Analyse der praktischen Ergebnisse.

In Wien bemühen sich einige Personen – vor allem im Rahmen der Österreichischen Gesellschaft für Architektur – um erste Ansätze zur Verbreitung dieser Ideen bei der Bevölkerung, die gegenwärtig – trotz dumpf grolenden Unbehagens mit fast allen Aspekten der Stadtplanung – auf die Ideen der Partizipation noch eher »belästigt« reagiert. Unser Hauptproblem ist es also im Augenblick, überhaupt eine Mobilisierung der Bevölkerung zu erreichen. Dennoch halten wir Partizipation für notwendig und möglich.

Auf Grund des gegenwärtigen Diskussionsstandes glauben wir, daß dafür folgende Voraussetzungen geschaffen werden müssen:

1. Ständige Grundlagenforschung besonders im Hinblick auf Bedürfnisse und Wünsche im jeweiligen Planungsfeld.
2. Aufbereitung (jedoch nicht im Sinne von Public Relations) und Zugänglichmachung aller Informationen, über die die planenden Institutionen verfügen (amtsintern wie extern).
3. Veröffentlichung aller Planungsabsichten bereits im frühen Problem-Stadium.
4. Popularisierung der Planung, das heißt Ermutigung zur Beschäftigung mit kommunalen Problemen, vor allem durch die Massenmedien, aber auch in Form von Bürgerinitiativen, Komitees usw., auch durch Übernahme von Kosten, die derartigen informellen Gruppierungen bei der Bearbeitung öffentlicher Probleme erwachsen.
5. Motivierung der Betroffenen zur Mitarbeit (zum Mitdenken) durch Erfolge (Eingehen auf Anregungen), Aufforderung zur Mitarbeit, Kontaktstellen hierfür, Mitverantwortung durch Gestaltung von Teilgebieten, z. B. Grünanlagen, Spielplätze o. ä., durch die Benützer selber.
6. Veröffentlichungspflicht (nicht Verbot) aller Interventionen.
7. Delegation aller nicht unbedingt wegen ihrer Größenordnung zentral zu bearbeitenden Planungsaufgaben, stufenweise, auf mittlere und kleinere Einheiten eines Gemeinwesens. Dort wiederum schrittweises Zusammenführen der einzelnen Fachabteilungen durch Personalunion der Bearbeiter.
8. Alternative Parallelplanungen bei Großmaßnahmen und Information über deren Ergebnisse vor Beginn der eigentlichen Bauplanung.
9. Offen zu verantwortende Entscheidung von Personen (Politikern) für jeweils bestimmte Planungen, jedoch erst nach Durchdiskutierung des entsprechenden Problems in der Öffentlichkeit.

Als Ergebnis wären Planungen zu erwarten, die wohl im Anlauf sich etwas langsamer entwickeln würden, die aber viel sensibler im Hinblick auf die ja weitgehend unbekannt und unformulierten Umstände, Wünsche und Bedürfnisse des Planungsfeldes und seiner Menschen eingeht. Planungsbehörden, die sich als Aggregation von Persönlichkeiten darstellen, statt anonymer Apparate. Realisationen, bei denen die Rate der Fehlinvestitionen geringer ist als heute, in denen also die Menschen weniger ungerne leben.

Praxis

Wie läßt sich Partizipation – wenn auch in

kleinstem Rahmen – praktisch realisieren? Das Atelier P+F hat in den letzten Jahren einige kleine Wohnhausanlagen mit relativ billigen Wohnungen im Raum Wien im Auftrag einer Gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaft errichtet. Diese Wohnungen werden zu etwa 50% mit den niedrig verzinsten Geldern der staatlichen Wohnbauförderung finanziert, der Rest sind Bankdarlehen und Eigenmittel (ca. 20%). Die Genossenschaft überführt die Wohnungen nach Tilgung eines Teiles der Baukosten ins Eigentum der Mieter, daher müssen – aus finanziellen Gründen – bereits vor Baubeginn ein großer Teil der Wohnungsbewerber bekannt sein.

Eine erste Erfahrung bei diesen Arbeiten war auch hier, daß der Planer ungeheuren Zwängen ausgesetzt ist, die nicht nur in der (sehr engen) Limitierung der zur Verfügung stehenden Mittel (absolut per m² Wohnnutzfläche) bestehen, sondern in den Buchstaben des Förderungsgesetzes und der Eigenständigkeit der Auftraggeberinstitution mit ihren Formularen, Verfahrensmodalitäten, Vergabeausancen, Generalabschlüssen usw. sowie nicht zuletzt in den Eigengesetzlichkeiten der hierorts noch immer halb gewerblichen bauwirtschaftlichen Ausführungsabwicklungen.

Als kurioses konkretes Beispiel der Auswirkung von Gesetzestexten sei angeführt, daß wohl Loggien (»fünfeckig geschlossene Räume«), nicht aber Terrassen, begehbbare Dächer usw. als »förderbare Flächen« im Sinne der Landeswohnbauförderungsbestimmungen gelten, also Terrassenhäuser kaum finanziert werden können.

Da für halbwegs erschwingliche, mittelgut ausgestattete Wohnungen große Nachfrage herrscht, kommt es dazu, daß das Bauvorhaben (grobe technische Mängel ausgenommen) im Augenblick der Fertigstellung für den Bauträger uninteressant wird, ihn also das Wohl und Wehe der Bewohner im fertigen Objekt nur mäßig interessiert. Ungleich schwerwiegender sind für Bauträger und ausführende Firmen die technischen und verwaltungsmäßigen Abwicklungen des Baugeschehens, Kranbahnen, Abrechnungen usw., deren anstandslose Bewältigung also in den Augen des Auftraggebers zum entscheidenden Kriterium für die Qualität einer Planung wird.

Es besteht also die Gefahr, daß man, um die Wünsche des Auftraggebers zu erfüllen, von den Wünschen der Benützer abgedrängt wird.

Das Atelier P+F hat nun seit Jahren den Versuch unternommen, mit den künftigen Bewohnern durch Übersendung von planlichen Unterlagen sowie durch Versammlungen vor und während der Bauzeit in Kontakt zu treten. Hierbei wurden auf die Möglichkeiten grundsätzlicher Veränderungen (nichttragende Wände), Änderung an Ausstattung und Installation, Auswahl verschiedener in Katalogform vorliegender Fenster- und Türelemente hingewiesen. Darüber hinaus wurden vielfach für gemeinschaftliche Anlagen wie Grünanlagen, Kinderspielplätze, Waschkücheneinrichtungen, Sonderausstattungen Anregungen eingeholt, die zu Varianten und Alternativen führten, über die dann abgestimmt wurde. Dies bedingt allerdings die Anwendung von Baumethoden, die solche Veränderungen ziemlich lange ohne Mehrkosten möglich machen. Leider sind dies – auf dem uns finanziell zugänglichen techni-

schen Niveau – sehr konservative Baumethoden.

Von den gebotenen Möglichkeiten, grundsätzliche Veränderungen vorzunehmen, machten kürzlich bei einem Objekt mit 60 Wohnungen etwa 30 Parteien Gebrauch. Allerdings belastet dies den Architekten, vor allem im Hinblick auf Bauleitung und Abrechnung, erheblich.

Auf Grund dieser Erfahrungen ist das Atelier P+F im Jahre 1971 bei einem Auftrag in einem westlichen Vorort Wiens einen Schritt weitergegangen: Mit einem örtlichen PropONENTENKOMITEE der Genossenschaft (»Vertrauensleute«), denen bereits eine lange Liste ihnen persönlich bekannter Wohnungsinteressenten für ein bestimmtes, sehr schön und günstig gelegenes Grundstück vorliegt, wurde im Teamwork ein Projekt erarbeitet, wobei in der Anlaufphase soziologische, etwas später städtebauliche Gesichtspunkte und Motivationen im Vordergrund standen.

So führte etwa die Fragestellung: welche Menschen wollen wir dort haben, für welche Einkommensgruppe bauen wir? zur Festlegung, wie viele Wohnungen dort entstehen sollen, damit ein gewisser Kostenrahmen pro Wohneinheit gehalten werden kann. Man traf (nachdem Varianten von 24 bis 108 Einheiten analysiert wurden) die Entscheidung, 70 bis 75 Wohneinheiten zu bauen. Im Diskussionsstadium wurden 14 Verbaustudien bearbeitet, sechs davon bis zur Herstellung von Massenmodellen, die dann mit Anrainern, Proponenten und Ortspolitikern durchdiskutiert wurden.

Nach einer Einengung auf zwei fast gleichwertige Varianten wurde von den Proponenten nach langen Gesprächen mit den Architekten mehrheitlich eine Entscheidung gefällt – nicht die, welche den Architekten die liebere gewesen wäre –, hauptsächlich auf Grund der Stellungnahme der befragten Anrainer (sowie einiger bereits greifbarer »erster« Wohnungsbewerber), als offen deklarierte lokalpolitische Erwägungen. Dies ist der augenblickliche Stand des Projektes.

Das so fixierte Projekt läßt nunmehr den Wohnungskäufern noch einen gewissen Spielraum in folgenden Belangen:

- a) Veränderung des Grundrisses (nichttragende Wände und Fenster) – Architekten zeigen Variationsmöglichkeiten auf;
- b) Auswahl unter drei möglichen Fensterformen für jede Fensterachse;
- c) Änderung der vorgesehenen Installationen und Ausstattungen im Möglichkeitsrahmen der Bau- und Fondsordnung;
- d) Beschlußfassung über die Widmung einiger, nicht fix verplanter Räume im Untergeschoß durch die Mietergemeinschaft während der Bauzeit, ebenso bezüglich gemeinschaftlich zu finanzierender Ausstattungen (Waschküchen, Sauna, Schwimmbad u. ä.);
- e) Beschlußfassung über Grünanlagen und Kinderspieleinrichtungen (möglichst wenig!) durch die Mietergemeinschaft während der Bauzeit;

wobei die Bewohner möglichst zur Eigeninitiative und Selbstleistung angehalten werden sollen. (Nach den Vorstellungen der Architekten soll hierfür ein bestimmter kleiner Anteil des Baubudgets freigehalten werden.)

Die Planer hoffen, daß dieses Verfahren einen höheren Grad von Identifikation und Zufriedenheit der Bewohner mit ihrer räumlichen Umwelt ermöglicht.